



Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Standesamt und bei der unteren Standesamtsaufsicht

Verantwortlich für die Verarbeitung ist die
Stadt Waldsassen, Basilikaplatz 3, 95652 Waldsassen, standesamt@waldsassen.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Stadt Waldsassen
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Basilikaplatz 3
95652 Waldsassen

E-Mail: datenschutz@waldsassen.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Im Standesamt werden personenbezogene Daten verarbeitet. Die Verarbeitung dient ausschließlich zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Standesamts. Zentrale Aufgabe des Standesamts ist dabei die Beurkundung des Personenstands einer Person nach Maßgabe des Personenstandsgesetzes (PStG). Darauf basierend werden die Personenstandsregister durch das Standesamt benutzt, um personenstandsrechtliche Urkunden oder Auskünfte zu erteilen. Des Weiteren werden personenstandsrechtliche Erklärungen aufgenommen und Bescheinigungen ausgestellt. Auch ein Kirchnaustritt wird beim Standesamt auf- beziehungsweise entgegen- genommen. Aufsichtsbehörde über das Waldsassener Standesamt ist das Landratsamt Tirschenreuth. Ziel der Aufsicht ist die Gewährleistung der Recht- und Zweckmäßigkeit der Aufgabenerfüllung durch die Standesämter. Dies wird vorrangig durch umfassende Information und Beratung, aber auch durch regelmäßige Prüfungen sowie auf der Grundlage von Vorlagepflichten bei bestimmten Vorgängen erreicht.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitungstätigkeiten ergeben sich auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe c und e Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit dem PStG, der Personenstandsverordnung (PStV), Art. 4 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (AGPStG), sowie entsprechenden internationalen Regelungen und bezüglich des Kirchnaustritts aus Art. 3 Abs. 4 Kirchensteuergesetz (KirchStG) sowie aus Art. 5 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG).

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger von Daten sind entsprechend der gesetzlichen Vorgaben:

<ul style="list-style-type: none">• Andere Standesämter• Familiengerichte• Finanzämter• Ausländische Standesämter• Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind• Gesundheitsbehörden• Ausländerbehörden• Zeugenschutzdienststelle• Landesjustizverwaltung• Aufsichtsbehörden• Staatsanwaltschaften• Meldebehörden	<ul style="list-style-type: none">• Statistisches Landesamt• Bundesnotarkammer, zentrales Testamentsregister• Konsularische Vertretungen• Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben• Nachlassgerichte• Sonstige Behörden oder Gerichte• Jugendämter• Regierung von Mittelfranken• Hochschulen und andere Einrichtungen, die wissenschaftliche Forschung betreiben• Personen, die gemäß §§ 62 und 63 PStG ein Recht auf Auskunft haben
--	--

Übermittelt werden dürfen nur die im Einzelfall zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der empfangenen Stelle erforderlichen Daten. Neben den gesetzlich vorgegebenen Daten darf das Standesamt weitere beurkundete oder im Zusammenhang mit der Beurkundung erhobene Daten mitteilen, soweit diese zur gesetzmäßigen Aufgabenerfüllung der empfangenen Stelle erforderlich sind (§ 62 Abs. 4 PStV).

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Personenstandsrechtliche Vorgänge sind, ausgenommen Unterlagen in den Sammelakten, beim Standesamt dauerhaft aufzubewahren. Je nach personenstandsrechtlichem Vorgang sind sie nach 30, 80 oder 110 Jahren dem Stadtarchiv zur Übernahme anzubieten. Protokollierungen werden 4 Jahre, nach Ablauf des Jahres, in dem der Zugriff erfolgt ist, aufbewahrt und anschließend vernichtet. Kirchengaustritte sind 30 Jahre aufzubewahren und können anschließend vom Stadtarchiv übernommen werden.

Akten über die Aufsicht und Prüfungen sind 30 Jahre, Statistiken der Standesamtsaufsicht sind 10 Jahre aufzubewahren und können anschließend vom Stadtarchiv übernommen werden (Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter, Nr. 1110 und 1111 des Aufbewahrungsfristenverzeichnisses).

Pflicht zur Angabe der Daten

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus dem PStG sowie der PStV jeweils in Verbindung mit Art. 4 BayDSG und § 2 Abs. 2 Verordnung zur Ausführung des Kirchensteuergesetzes (AVKirchStG).

Die Stadt Waldsassen benötigt Ihre Daten, um das Personenstandsrecht sowie das Kirchensteuergesetz vollziehen zu können.

Wenn Sie die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht angeben,

- kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden

- kann nach § 69 PStG ein Zwangsgeld festgesetzt werden bzw. gemäß § 70 PStG ein Bußgeld verhängt werden.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person beim Waldsassener Standesamt und bei der unteren Standesamtsaufsichtsbehörde gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO, §§ 46 - 48 PStG).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO; § 64 PStG).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.